



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 33/18 • 20.09.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

am Dienstag hat die KOM ein Konzeptpapier vorgelegt zur Reform der Welthandelsorganisation (WTO). Die Vorschläge sollen mit den EU-Partnern am heutigen Tage in Genf bei einem von Kanada einberufenen Treffen vorgestellt werden.

Handelskommissarin Cecilia Malmström führte aus, dass die WTO unverzichtbar sei, um einen offenen, fairen und regelbasierten Handel sicherzustellen. Die Welt habe sich jedoch verändert und die WTO müsse reformiert werden, damit die Organisation in der Lage sei, die Herausforderungen der heutigen globalen Wirtschaft zu bestehen und wieder im Interesse aller zu wirken. Es sei höchste Zeit, das System zukunftsfähig zu machen.

Ohne dem endgültigen Standpunkt der EU vorzugreifen, konzentrieren sich die Vorschläge auf die Kernthemen Aktualisierung des Regelwerkes der WTO, der Stärkung ihrer Überwachungsbefugnisse und Sanktionsmöglichkeiten, sowie die Überwindung der drohenden Blockade bei dem Streitbeilegungssystem, der Berufungsinstanz, der WTO.

Die EU will die Ideen in den kommenden Wochen mit verschiedenen WTO-Partnern weiter erörtern, um anhand dessen konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Weitere Informationen finden Sie hier: [Link](#)

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen  
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäische Kommission - Mehr Spielraum beim Futteranbau für Landwirte	
• Europäisches Parlament – Neue EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	
• Europäisches Parlament – Position zur Urheberrechtsreform für das Internetzeitalter	
• Europäisches Parlament – Ein Europa, das handelt: EU-Bürgerinnen und -Bürger erwarten mehr gemeinsame Maßnahmen der EU	
• Entsendung von Arbeitnehmern - EuGH präzisiert die Sozialversicherungspflicht	
• Ausschuss der Regionen – Stakeholder-Konferenz zur Diskussion des Entwurfs der Stellungnahme zur Strukturfondsverordnung nach 2020	
• Eurostat - Jahrbuch der Regionen 2018	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>10</b>
• Neues Team im CED KULTUR	
• Kosovo als neues teilnahmeberechtigtes Land in KREATIVES EUROPA KULTUR	
• Rechte von Reisenden - Internet-Tool hilft beim Formulieren von Beschwerden	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>12</b>
• Sachsen-Anhalts Hochschulrektoren und der Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung tagen in der Landesvertretung in Brüssel	
• Landeshauptstadt beteiligt sich am europaweiten Glockenläuten	
• Tagung zur Weiternutzung von stillgelegten Industriestätten	
• EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt lädt zum Herbsttreffen der Kooperationsplattform ein	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>15</b>
• EPSO – Allgemeine Auswahlverfahren (Administration und Archivwesen)	
• Kurzfilmwettbewerb - Auswirkungen der EU auf das tägliche Leben ins Bild gesetzt	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>16</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>20</b>
• Tipp - Das Atomium hat endlich eine offizielle Anschrift	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>24</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>25</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Kommission - Mehr Spielraum beim Futteranbau für Landwirte

Damit den Viehhaltern in der EU trotz der Dürre genügend Futter für ihre Tiere zur Verfügung steht, hat die EU -Kommission eine weitere Lockerung bestimmter ökologischer Vorschriften vorgeschlagen. Damit sollen Regelungen ergänzt werden, die Anfang August auf den Weg gebracht wurden, wie die Ausnahmegenehmigung zum Mähen und Beweiden brachliegender Flächen. Die Kommission schlägt vor, Winterkulturen, die normalerweise im Herbst ausgesät werden, als Zwischenfrüchte für Beweidung und Futtererzeugung zu nutzen, was normalerweise nicht erlaubt ist. Auch sollen Zwischenfrüchte ausnahmsweise nicht nur als Mischung mehrerer Kulturen, sondern auch in Reinkultur ausgesät werden dürfen, falls sie zur Futtererzeugung dienen.

Offiziell vorgelegt wurde laut Kommission auch der angekündigte Vorschlag, dass von Dürreschäden Betroffene 70 Prozent ihrer Direktzahlungen und 85 Prozent der Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums bereits Mitte Oktober anstatt wie üblich erst im Dezember erhalten sollen. „Ich begrüße die jüngsten Ankündigungen mehrerer Mitgliedstaaten, ihrem Landwirtschaftssektor unter die Arme greifen zu wollen“, erklärte EU –Agrarkommissar Phil Hogan. Die deutschen Landwirte sollen aufgrund extremer Ernteauffälle wegen der jüngsten Dürre Finanzhilfen von Bund und Ländern von 340 Mio. Euro bekommen.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 15/18*

EU-Kommission unterstützt Landwirte [Link1](#) und [Link2](#)

4

### Europäisches Parlament – Neue EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Die Abgeordneten haben am 12. September neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorfinanzierung durch die Verhinderung von Geldwäsche und Verschärfung der Kontrolle über Kapitalströme gebilligt.



Die beiden Gesetze werden es Terroristen und Kriminellen erschweren, ihre Aktivitäten zu finanzieren, indem Lücken in den geltenden Vorschriften zur Geldwäsche geschlossen werden. Die Behörden sollen außerdem leichter verdächtige Finanzströme aufdecken und stoppen können.

Die neuen Vorschriften umfassen folgendes:

- EU-weite Definitionen von Straftatbeständen und Sanktionen im Bereich der Geldwäsche;
- Geldwäsche soll künftig mit einer Freiheitsstrafe von bis zu vier Jahren geahndet werden;
- neue zusätzliche Sanktionen für Personen, die wegen Geldwäsche verurteilt wurden, wie z.B. das Verbot, für ein öffentliches Amt zu kandidieren, Beamte zu werden, oder der Ausschluss vom Zugang zu öffentlichen Finanzmitteln.

Die neuen Bestimmungen über die Einstufung der Geldwäsche als Straftatbestand wurden mit 634 Stimmen bei 46 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen angenommen.

Die neuen Regeln für grenzüberschreitende Bargeldverbringung umfassen folgendes:





- Die Definition für "Barmittel" umfasst künftig auch andere Zahlungsarten wie Gold und Prepaidkarten;
- Die Behörden sollen in die Lage versetzt werden, Informationen über Bargeldbewegungen auch unter der derzeitigen Schwelle von 10.000 Euro registrieren und Bargeld vorübergehend beschlagnahmen zu können, wenn sie Straftaten vermuten;
- Die Offenlegung von unbegleitetem Bargeld, das per Fracht oder Post versandt wird.

Die neuen Vorschriften für die grenzüberschreitende Bargeldverbringung wurden mit 625 Stimmen bei 39 Gegenstimmen und 34 Enthaltungen angenommen.

Die neuen Maßnahmen wurden bereits von den Verhandlungsführern des Parlaments und des Rates vereinbart, bedürfen aber noch der formalen Zustimmung des Rates.

Die Mitgliedstaaten haben ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie über die Einstufung der Geldwäsche als Straftatbestand 24 Monate Zeit, um die neuen Vorschriften in Kraft zu setzen. Die Vorschriften für die Bargeldkontrolle werden 30 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung wirksam. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Europäisches Parlament – Position zur Urheberrechtsreform für das Internetzeitalter



Das Parlament hat am 12. September seine überarbeitete Verhandlungsposition zur Urheberrechtsreform angenommen und Garantien zum Schutz kleiner Unternehmen und zur Meinungsfreiheit hinzugefügt.

Der Standpunkt des Parlaments für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten zur Ausarbeitung einer endgültigen Vereinbarung wurde mit 438 Stimmen bei 226 Gegenstimmen und 39 Enthaltungen gebilligt. Er nimmt einige wichtige Änderungen am Vorschlag des Ausschusses vom Juni vor.

Viele der vom Parlament vorgenommenen Änderungen am ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission zielen darauf ab, sicherzustellen, dass Künstler, insbesondere Musiker, Interpreten und Drehbuchautoren sowie Nachrichtenverleger und Journalisten, für ihre Arbeit bezahlt werden, wenn sie von Plattformen wie YouTube oder Facebook und Nachrichtenaggregatoren wie Google News genutzt wird.

Der Standpunkt des Parlaments verschärft die von der Kommission vorgeschlagenen Pläne, Online-Plattformen und Aggregatoren für Urheberrechtsverletzungen verantwortlich zu machen. Dies gilt auch für Ausschnitte („snippets“), bei denen nur ein kleiner Teil eines Nachrichtentextes angezeigt wird. In der Praxis verpflichtet diese Haftungsregel die betroffenen Parteien, die Rechteinhaber für urheberrechtlich geschütztes Material zu entlohnen, das sie zur Verfügung stellen. Der Text des Parlaments verlangt auch ausdrücklich, dass Journalisten selbst und nicht nur ihre Verlage von einer Vergütung profitieren, die sich aus dieser Haftungspflicht ergibt.

Gleichzeitig hat der Text die Absicht, Start-ups und Innovationen zu fördern, indem Kleinst- und kleine Unternehmen von der Richtlinie ausgenommen werden.

Der Text enthält Bestimmungen, die sicherstellen sollen, dass das Urheberrecht online eingehalten wird, ohne die Freiheit der Meinungsäußerung zu beeinträchtigen, die zum Hauptmerkmal des Internets geworden ist.

So soll das Teilen von „bloßen Hyperlinks, neben denen einzelne Wörter stehen“, um die Artikel zu beschreiben, zu denen sie hinführen, frei von urheberrechtlichen Einschränkungen sein.



Jegliche Maßnahmen, die von Plattformen ergriffen werden, um zu überprüfen, ob Uploads nicht gegen Urheberrechtsbestimmungen verstoßen, sollten jedoch nicht dazu führen, dass Werke, bei denen kein Verstoß gegen das Urheberrecht gegeben ist, nicht verfügbar sind. Diese Plattformen werden außerdem verpflichtet sein, zügige Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen (die von den Mitarbeitern der Plattform betrieben werden, nicht von Algorithmen) einzurichten, über die Beschwerden eingereicht werden können, wenn ein Upload zu Unrecht gelöscht wurde.

Der Text legt auch fest, dass das Hochladen in Online-Enzyklopädien auf nicht-kommerzielle Weise, wie z.B. Wikipedia, oder Open-Source-Softwareplattformen, wie z.B. GitHub, automatisch von der Verpflichtung zur Einhaltung der Urheberrechtsbestimmungen ausgenommen wird.

Der Text des Parlaments stärkt auch die Verhandlungsrechte von Urhebern und ausübenden Künstlern, indem er es ihnen ermöglicht, „eine zusätzliche, angemessene und faire Vergütung von der Partei zu verlangen, mit der sie einen Vertrag über die Verwertung ihrer Rechte geschlossen haben, wenn die ursprünglich vereinbarte Vergütung im Vergleich zu den späteren einschlägigen direkten oder indirekten Einnahmen und Gewinnen aus der Verwertung der Werke oder Darbietungen unverhältnismäßig niedrig ist.“

Es würde Autoren und Interpreten auch in Stand setzen, eine „ausschließliche Lizenz“ für die Rechte an einem Werk zu widerrufen oder zu entziehen, wenn davon ausgegangen wird, dass die Partei, die die Nutzungsrechte besitzt, dieses Recht nicht ausübt bzw. das Werk nicht verwertet wird. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Europäisches Parlament – Ein Europa, das handelt: EU-Bürgerinnen und -Bürger erwarten mehr gemeinsame Maßnahmen der EU

6



Die neueste Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass der Großteil der Bürgerinnen und Bürger nicht „weniger Europa“ will, sondern im Gegenteil fordert, dass die EU in einigen Bereichen stärker tätig wird.

Seit 2016 erhebt das Europäische Parlament die Wahrnehmungen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf 15 Politikfelder der EU. Die aktuelle Umfrage ergab, dass immer mehr der Befragten mit der Arbeit der EU in den Bereichen Sicherheit, Arbeitsplätze und Umwelt zufrieden sind. Eine Mehrheit wünscht sich sogar, dass die EU in fast allen der 15 Politikbereichen noch stärker tätig wird. Die allseits verschriene „Überregulierung“ durch die EU wird von den Befragten nicht als solche wahrgenommen.

Terrorismus, Arbeitslosigkeit und der Schutz der Umwelt sind die drei Politikfelder, wo europaweit mehr als drei Viertel der Befragten (je 77 %, 76 % und 75 %) ein verstärktes Handeln der EU wünschen. Diese Themen stehen seit 2016 konstant an der Spitze, gefolgt vom Kampf gegen Steuerhinterziehung (74 %), Verbreitung von Frieden und Demokratie (73 %) und Migration (72 %).

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der Schutz der Umwelt und die Verbreitung von Frieden und Demokratie (je 80 %, 79 % und 79 %) sind auch die Top-EU-Zukunftsthemen für die Befragten in Deutschland, gefolgt vom Kampf gegen den Terrorismus und Migration (jeweils 78 %).

Herausstechend ist in der aktuellen Umfrage, dass ein Drittel der Befragten die aktuellen Maßnahmen der EU im Kampf gegen Terrorismus und im Kampf gegen Arbeitslosigkeit als adäquat ansehen, was eine Steigerung von 9 bzw. 6 Prozentpunkten darstellt.



Ähnliche Trends sind im EU-Durchschnitt in sechs anderen Politikfeldern wie Gleichheit der Geschlechter, Energiesicherheit, Außenpolitik, Industrie- und Wirtschaftspolitik und Landwirtschaft zu erkennen.

Auch die Umfrageergebnisse in Deutschland weisen eine deutliche Steigerung in der Zustimmung zur EU Politik auf, an der Spitze steht die Zustimmungsrate mit 21 Prozentpunkten zur Energieversorgung und -sicherheit.

Die Umfrage zeigt auch, dass sich eine klare Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger wünscht, dass die EU in ihrer Außenpolitik mit einer Stimme spricht. Das spiegelt auch eine der Prioritäten von Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker wider, wie er sie letzte Woche im Plenum des EU-Parlaments unterstrichen hat. Die Befragten finden außerdem, dass sich die EU mehr koordinieren soll, um dem steigenden Einfluss Russlands und Chinas zu begegnen, ebenso gegenüber der Präsidentschaft von Donald Trump (je 71%).

In der Frage, ob Mitgliedstaaten schneller als andere in gewissen Politikfeldern vorangehen sollten, bleiben die Befragten gespalten: 44 % treten für ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ ein, während sich 43 % dagegen aussprechen.

Die Zustimmung zu einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ ist in 23 der 28 Mitgliedstaaten gesunken. Dennoch ist ungefähr die Hälfte der Mitgliedstaaten noch immer für ein solches Vorgehen, an der Spitze die Niederlande, Deutschland und Belgien.

In Portugal, Griechenland, Rumänien und Spanien sind die Befragten hingegen mehrheitlich für ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten in allen Bereichen.

Quelle: Umfrage „Delivering on Europe: Citizens' views on current and future EU action“, Kantar Public, April 2018 • eag Quelle: PM EP

Mehr Informationen finden Sie hier: [Link](#)

7

## Entsendung von Arbeitnehmern - EuGH präzisiert die Sozialversicherungspflicht

Arbeitnehmer, die von einem EU -Staat in einen anderen entsandt werden, sind grundsätzlich im Gastland sozialversicherungspflichtig, wenn sie dort einen anderen entsandten Arbeitnehmer ablösen.

Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden. Dabei spiele es keine Rolle, ob die Menschen vom gleichen oder von unterschiedlichen Arbeitgebern entsandt werden und ob die Arbeitgeber ihren Sitz im gleichen Mitgliedstaat haben oder nicht. Hintergrund des Urteils ist ein Rechtsstreit aus Österreich. Die Firma Alpenrind ließ in einem Salzburger Schlachthof Fleisch von Arbeitern aus Ungarn zerlegen und verpacken. Zwischen Februar 2012 und Dezember 2013 wurden dafür etwa 250 Arbeiter von der ungarischen Firma Martimpex entsandt, davor und danach von der ebenfalls ungarischen Firma Martin-Meat. Über die Frage, welche Sozialvorschriften gelten, gab es Streit zwischen Österreich und Ungarn.

Das EuGH-Urteil zum „Ablöseverbot“ trägt hier zur Klärung bei. Gleichzeitig entschieden die Richter, dass die von den ungarischen Behörden ausgestellten Bescheinigungen, wonach die Martimpex-Beschäftigten weiter ins ungarische Sozialsystem eingegliedert sind, von Österreich respektiert werden müssen. Das gelte, so lange die Bescheinigungen nicht widerrufen oder für ungültig erklärt werden und solange kein Betrug oder Missbrauch nachgewiesen ist. C-527/16 • eag Quelle: EU-Nachrichten 15/18

Zum Urteil des EuGH [Link](#)



GERICHTSHOF  
DER EUROPÄISCHEN UNION



## Ausschuss der Regionen – Stakeholder-Konferenz zur Diskussion des Entwurfs der Stellungnahme zur Strukturfondsverordnung nach 2020

**Am 12. September** 2018 fand eine vom Ausschuss zur Territorialen Kohäsionspolitik und Haushaltsangelegenheiten (COTER) organisierte Stakeholder-Konferenz zur Diskussion der sich aktuell im Entwurf befindenden Stellungnahme zum Entwurf der Kommission einer Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds 2021–2027 (ESIF-Verordnung) statt. In seiner Rolle als Ko-Berichterstatter leitete Herr **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** die Veranstaltung und lud die Anwesenden zur offenen und kritischen Diskussion des Entwurfs der Kommission ein. Die Ko-Berichterstatterin Frau Catusca Marini (Region Umbrien, Italien) betonte die Bedeutung einer flexiblen und vereinfachten ESIF-Verordnung für die Behörden und Unternehmen. Anwesend waren etwa 80 Vertreter der europäischen Regionen, Verbände und ständigen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten.

Herr StS Dr. Schneider wies auf einige Kernforderungen des AdR hin, die bereits in der ESIF-Verordnung enthalten seien, darunter Ansätze zur Vereinfachung, eine Förderpolitik für alle Regionen Europas und die Beibehaltung der drei Regionenkategorien zur stärkeren Berücksichtigung der unterschiedlichen Förderbedarfe der Regionen. Er betonte zudem die Bedeutung einer ergiebigen Diskussion mit allen Stakeholdern zur breiten Konsensfindung. Positiv aufgefasst wurden die im Entwurf der Kommission enthaltenen Ausführungen zur Vereinfachung, zum Abbau der Verwaltungs- und Kontrollauflagen und zur Beibehaltung wesentlicher Aspekte des aktuellen Mittelverteilungsschlüssels, ergänzt um positive Aspekte wie etwa zusätzliche Indikatoren zur Erfassung regionaler Herausforderungen. Zugleich stießen u.a. die Herauslösung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aus dem Verordnungsentwurf, das fehlende Bekenntnis zur Rolle der lokalen und regionalen Behörden in der Programmgestaltung und -implementierung und die Einführung eines früheren Programmabschlusses zulasten der Verwaltungsbehörden auf Ablehnung.

Zusammenfassend hielt Herr StS Dr. Schneider fest, dass die jetzige Struktur der Politik fortgeführt werden müsse und deren Wirksamkeit durch auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit beruhenden Bürokratieabbau, erhöhte Flexibilität und einer Verfeinerung der Politikgestaltung zur Begegnung der unterschiedlichen regionalen Herausforderungen erfolgen müsse. Hierzu werde er gemeinsam mit der Ko-Berichterstatterin Frau Marini nicht nur politische Empfehlungen, sondern auch konkrete Änderungsvorschläge am Verordnungstext bald vorlegen. Die im Rahmen der Stakeholder-Konferenz geäußerten Meinungen würden Eingang in die Gestaltung des endgültigen Entwurfs finden, der Ende Oktober 2018 bei der nächsten COTER-Sitzung vorgestellt werde. Die endgültige Verabschiedung der Stellungnahme im Plenum des AdR sei für Dezember 2018 vorgesehen.

• *df*





## Eurostat - Jahrbuch der Regionen 2018

Wie hoch ist die Nutzung der sozialen Netzwerke in den Regionen der EU? Leben die Menschen auf dem Land oder in der Stadt und wie hoch ist das Beschäftigungsniveau? Diese und andere Fragen beantwortet das [Eurostat-Jahrbuch der Regionen](#), das jedes Jahr von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht wird.

Im **Vergleich der 276 europäischen Regionen** in den Bereichen Regionalpolitik, Gesundheit, allgemeine und berufliche Bildung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, strukturelle Unternehmensstatistiken, Forschung und Innovation, digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Tourismus, Verkehr und Landwirtschaft schneiden die deutschen Regionen sehr unterschiedlich ab. Oberbayern zeigt eine vergleichsweise hohe Beschäftigungsquote, wohingegen Berlin als Hauptstadt im Vergleich ein geringes BIP pro Kopf aufweist.

Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt in überwiegend städtischen Regionen, in der gesamten EU lassen sich Entwicklungen erkennen, dass die Städte weiter wachsen. Deutschland und Polen haben polyzentrische Entwicklungsmuster mit mehreren relativ großen Städten, die über das Staatsgebiet verteilt sind, während Frankreich und das Vereinigte Königreich monozentrischer sind und die Städte Paris und London weiter wachsen.

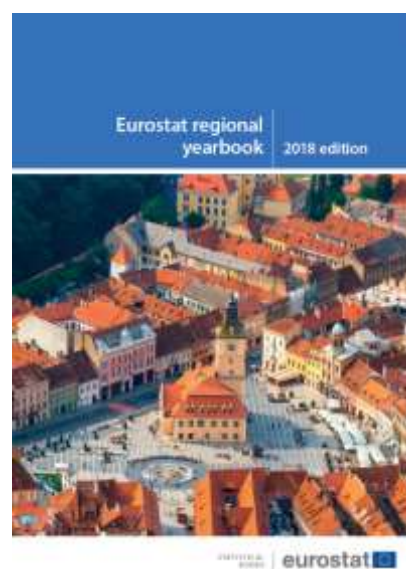
In Deutschland sind die Regionen Oberbayern und Tübingen mit einer Beschäftigungsrate von über 80 Prozent im EU-Vergleich unter den Top Fünf. Berlin hingegen war die einzige Metropolregion der Hauptstadt in der EU mit einem BIP pro Beschäftigten unter dem nationalen Durchschnitt.

Im westlichen Teil der EU gibt es tendenziell höhere Beschäftigungsquoten für Menschen im erwerbsfähigen Alter, die in ländlichen Gebieten leben, als in Städten. Auch in deutschen Städten sind 77 Prozent der Bevölkerung in Beschäftigung, auf dem Land sind es 82 Prozent. Im östlichen Teil der EU und in den baltischen Mitgliedstaaten hingegen sind die Beschäftigungsquoten in Städten höher als in ländlichen Regionen.

Mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Bevölkerung im Alter von 16-74 Jahren in der EU nutzte 2017 das Internet, um an sozialen Netzwerken teilzunehmen (z.B. Instagram, Facebook oder Twitter). Die regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands sind hier sehr hoch. EU-weit ist Brandenburg mit einer Partizipationsrate von 38 Prozent am unteren Ende, wohingegen in Berlin mit über 50 Prozent der Bevölkerung soziale Netzwerke nutzen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Das gesamte Jahrbuch der Regionen 2018 [Link](#)





## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Neues Team im CED KULTUR

Der [CED KULTUR](#) startet mit neuem Team in den Herbst: Lea Stöver hat Anfang August die Leitung des Desks übernommen und löst damit die langjährige Gründungsleiterin Sabine Bornemann ab, die sich in den Ruhestand verabschiedet hat. Frau Stöver ist bereits seit Mitte April für den Desk tätig und hat seitdem ihre Fähigkeiten im Kernfach EU-Kulturförderung stetig ausgebaut: Mit den potentiellen Antragssteller\*innen am Hörer und dem Blick auf die Richtlinien der Förderbereiche gerichtet, galoppieren sie und ihre Mitarbeiterinnen hoch motiviert auf einen spannenden Herbst zu. Einen kühlen Kopf bewahrt dabei Sophia Hodge, die schon mehrere Jahre das Portal [Europa fördert Kultur](#) betreut hat, und damit neben der Pflicht auch die Kür in puncto weiterer EU-Programme beherrscht. Unterstützt wird sie dabei seit September von Christina Kalka (Elternzeitvertretung von Anja Dietzmann), die wie Sophia Hodge in den Disziplinen Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Seminare brilliert. Der Akt auf dem Drahtseil wird dabei wie gewohnt von Christiane Dohms in den Bereichen Administration und allgemeine Beratung vervollständigt. Das neue Team freut sich auf die Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden aus Deutschland und steht bei Fragen rund um das Programm KREATIVES EUROPA KULTUR zur Verfügung!

• *eag Quelle: Creativ Europe Desk Newsletter 11/2018*



Die nationale Kontaktstelle für die Kulturförderung der EU

10

### Kosovo als neues teilnahmeberechtigtes Land in KREATIVES EUROPA KULTUR

Innerhalb des Programms [KREATIVES EUROPA KULTUR](#) gibt es ein neues teilnahmeberechtigtes Land: Kosovo. Creative Europe Desk gratuliert herzlich zur Vertragsunterzeichnung zwischen dem kosovarischen Minister für Kultur, Jugend und Sport, Kujtim Gashi, und dem EU-Kommissionar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics. Der Ratifizierungsprozess ist noch nicht endgültig abgeschlossen, aber das neue [Creative Europe Desk in Kosovo](#) hat schon Name und Adresse und berät bei Fragen zum Programm KREATIVES EUROPA KULTUR. • *eag Quelle: Creativ Europe Desk Newsletter 11/2018*



## Rechte von Reisenden - Internet-Tool hilft beim Formulieren von Beschwerden

Wenn sich ein Flug um mehr als drei Stunden verspätet, steht Reisenden in der EU in der Regel eine Entschädigung zu. Ebenso, wenn Flüge annulliert werden, überbucht sind, oder wenn der Airline das Gepäck verloren geht oder beschädigt wird. Wenn es darum geht, die Ansprüche bei der Airline einzufordern, wissen Passagiere nach Angaben des Europäischen Verbraucherzentrums (EVZ) jedoch häufig nicht, wie sie vorgehen sollen. Viele ausländische Fluggesellschaften stellten kein Beschwerdeformular zur Verfügung, sondern nur ein Online-Kontaktformular, und das meist auf Englisch.



Das EVZ hat im Internet für solche Fälle nun ein Selbsthilfe-Tool bereitgestellt. Geschädigte Reisende müssen den einzelnen Schritten folgen und ihre Angaben eintragen und bekommen anschließend einen fertigen Beschwerdebrief zugesandt – wahlweise auf Deutsch, Englisch, Französisch oder Spanisch. Erstellt werden können auch Beschwerdebriefe für Probleme mit Fernbus- oder ausländischen Eisenbahnunternehmen. Zudem hat das EVZ Informationen rund um die Buchung von Mietwagen zusammengetragen. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 15/18*

Zum Selbsthilfe-Tool [Link](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Sachsen-Anhalts Hochschulrektoren und der Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung tagen in der Landesvertretung in Brüssel

**Am 18. September 2018** konnte die Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel die Rektorin und Rektoren der Hochschulen Sachsen-Anhalts, den **Minister** für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung **Prof. Dr. Armin Willingmann** und Herrn **Staatssekretär Dr. Jürgen Ude** anlässlich der 47. Hochschulrunde begrüßen. Ziel der Tagung in Brüssel war es, vertiefte Informationen zu aktuellen EU-Forschungs- und Bildungsthemen direkt von Vertretern der EU-Institutionen zu bekommen und einen fachlichen Austausch zu ermöglichen.

Zunächst begrüßten Herr Minister Prof. Dr. Willingmann und Frau Carmen Johannsen, stellvertretende Leiterin der Landesvertretung, die Teilnehmer. Herr Minister führte sodann in den Tagesablauf ein.

Nach der Sitzung der Landesrektorenkonferenz und der Wahl des Präsidenten tagte die 47. Hochschulrunde.

Im Anschluss trug Herr Peter Härtwich, Referatsleiter in der Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission zum Entwurf der Kommission des neunten Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“ vor. Der Entwurf sehe bis zu 100 Mrd. Euro für Forschung und Innovation im Zeitraum 2021–2027 vor. Die Förderschwerpunkte werden nach dem Entwurf stark der aktuellen Struktur vom achten Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ ähneln, auch wenn gewisse Strukturverschiebungen notwendig seien, um neue Themenblöcke aufzunehmen. Neu sei insbesondere die geplante Einrichtung des sog. Europäischen Innovationsrates (EIC), der nach dem Vorbild des Europäischen Forschungsrates (ERC) exzellente, marktschaffende Innovationen in Europa fördern soll. Zudem sei vorgesehen, durch neue Strukturen bessere Voraussetzungen für die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft zu schaffen. Insbesondere wolle man dabei durch die Gestaltung sog. Missionen langfristige und nachhaltige



Strukturen für die internationale Zusammenarbeit schaffen, um damit gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel und die Alterung der Gesellschaft durch technologische Innovationen und die dafür notwendige Grundlagenforschung zu bewältigen. In der Diskussion wurde u.a. kritisch hinterfragt, wie die Missionen zu operationalisieren seien und welche Rolle die Gesellschafts- und Sozialwissenschaften zukünftig einnehmen würden. Auch wurde die Verbindung zwischen Hochschulen und Unternehmen zur Förderung der Innovation thematisiert.





Die Teilnahme eines Vertreters der EU-Institutionen bot den Hochschulleitungen Sachsen-Anhalts neue Informationsmöglichkeiten vor Ort und trug mit der fachlichen Vortragstiefe dazu bei, eine dass die Teilnehmer eine gelungene Veranstaltung absolvierten. • *df*

*Fotos: rs*

## **Landeshauptstadt beteiligt sich am europaweiten Glockenläuten zum Internationalen Friedenstag Am 21. September um 18.00 Uhr**

Die Landeshauptstadt Magdeburg beteiligt sich am **europaweiten Glockenläuten** zum Internationalen Tag des Friedens **am 21. September**. Um 18.00 Uhr werden neben weiteren Kirchenglocken auch die Glocken der Johanniskirche läuten. Damit gibt Magdeburg ein klangvolles Signal für den Frieden.

Erstmals in der Geschichte werden am diesjährigen Weltfriedenstag europaweit kirchliche und säkulare Glocken gemeinsam läuten. Unter dem Titel "Friede sei ihr erst Geläute" haben die **Veranstalter des Europäischen Kulturerbejahres** alle Glockeneigentümer Europas gebeten, sich mit dem Klang der Glocken am Internationalen Friedenstag zu beteiligen und damit auch an das Ende des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren sowie an den Ausbruch und das Ende des Dreißigjährigen Krieges zu erinnern

Normalerweise erklingen die Glocken der Johanniskirche ausschließlich zu folgenden Anlässen: zum Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar, zum Reformationstag am 31. Oktober, zum Jahreswechsel, alle fünf Jahre am 12. Mai zum Gedenken an den Wiederaufbau der Johanniskirche und die Errichtung des Südturmes, alle fünf Jahre am 11. Mai zum Todestag Otto von Guericke sowie zu Sonderanlässen.

Das Europäische Kulturerbejahr wurde durch die Europäische Kommission ausgerufen und wird in Deutschland unter dem Motto Sharing Heritage durch das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz koordiniert. • *eag Quelle: PM Landeshauptstadt Magdeburg vom 14. September 2018*

Weitere Informationen unter:

<http://www.magdeburg.de>

<http://www.facebook.com/Landeshauptstadt.Magdeburg>

<http://twitter.com/Ottostadt>

## **Tagung zur Weiternutzung von stillgelegten Industriestätten**



The [European Federation of Associations of Industrial and Technical Heritage \(EFAITH\)](#) veranstaltet in Kooperation mit Vlaamse Vereniging voor Industriële Archeologie (VIA) **im Rahmen des Europäischen Kulturerbejahres 2018 am 4. und 5. Oktober 2018 in Brüssel** eine Tagung zur Weiternutzung von stillgelegten Industriestätten. Es werden hierzu Beispiele aus Europa vorgestellt und Fragen nach der Bedeutung dieser verwerteten Industrieanlagen für die Nachbarschaft und Umgebung gestellt. • *eag Quelle: Creativ Europe Desk Newsletter 11/2018*

[Weitere Informationen](#)

Save the Date: 4./5. Oktober 2018 - Brüssel (BE)



## EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt lädt zum Herbsttreffen der Kooperationsplattform ein

Vernetzen Sie sich mit anderen Kommunen, Verbänden, Vereinen oder Unternehmen zu Themen rund um Europa und europäische Förderung! Die EU Service-Agentur der



EU Service-Agentur  
Sachsen-Anhalt

Investitionsbank Sachsen-Anhalt lädt Sie mit Unterstützung des Europagymnasiums „Walther Rathenau“ **am 29. November 2018**, ab 13:30 Uhr, zum **Herbsttreffen der Kooperationsplattform** nach Bitterfeld ein. Seit fast zehn Jahren ist die Kooperationsplattform eine gemeinsame Plattform der EU-Beratungsstellen Sachsen-Anhalts sowie von Experten und politischen Entscheidungsträgern auf Landes- und EU-Ebene.

Die Erfahrung zeigt: ohne Unterstützung ist es nicht einfach, die europäische Förderlandschaft zu verstehen und europäische Fördermittel („EU-Aktionsprogramme“) zu beantragen. Das Land Sachsen-Anhalt bietet eine ausgezeichnete Beratungsstruktur, um verschiedenste Zielgruppen optimal bei ihren europäischen Kooperationen zu unterstützen. Sprechen Sie uns an!

Ganz konkret erwarten Sie während des Herbsttreffens der Kooperationsplattform in Bitterfeld Impulsreferate und Gesprächsrunden zu den folgenden Themen:

- Sven Ebel, der schulfachliche Koordinator für die Europaprojekte im Bitterfelder Gymnasium "Walther Rathenau" erläutert anhand zweier aktueller Projekte, wie die Kooperation mit Gymnasien aus Polen, Spanien, Italien und Finnland ganz konkret gelebt wird und wie die Schüler(innen) von diesem Austausch profitieren.
- Bianca Laukat, Europabeauftragte des Landkreis Anhalt-Bitterfeld, erläutert, wie sie diese Rolle in ihrem Landkreis ausfüllt, welche Erfolge in den letzten Jahren zu verzeichnen waren und gibt auch Hinweise zur Stellenbeschreibung und -bewertung.
- Unter dem Thema „Aktuelles aus Brüssel“ spricht Daniel Wentzlauff über den aktuellen Stand der Planungen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU-KOM und gibt damit Ausblick auf die Zukunft der Kohäsionspolitik und auf die Ausstattung der EU-Aktionsprogramme in der nächsten Förderperiode.

Weitere Informationen, das Programm und das Anmeldeformular finden Sie unter [www.eu-serviceagentur.de](http://www.eu-serviceagentur.de) im Bereich „Veranstaltungen“. Anmeldungen werden **bis zum 21. November** entgegengenommen.

Ansprechpartnerin: Kathrin Hamel, Tel. 0391 589-8397, [kathrin.hamel@ib-lsa.de](mailto:kathrin.hamel@ib-lsa.de)

• *Gastartikel*



# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL (EPSO) Bekanntmachung allgemeiner Auswahlverfahren <ul style="list-style-type: none"> <li>• EPSO/AD/362/18— BEAMTE (M/W) DER FUNKTIONSGRUPPE ADMINISTRATION (AD 6) UND</li> <li>• EPSO/AST/145/18— BEAMTE (M/W) DER FUNKTIONSGRUPPE ASSISTENZ (AST 3) IM BEREICH ARCHIVWESEN/DOKUMENTENMANAGEMENT</li> </ul>
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 324 A vom 13. September 2018 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:324A:FULL&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:324A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>16. Oktober 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Zur Bewerbung benötigen Sie ein EPSO-Konto. Bitte beachten Sie, dass Sie für alle EPSO-Bewerbungen nur ein Konto erstellen dürfen. Bewerben Sie sich online über die EPSO-Website <a href="http://jobs.eu-careers.eu">http://jobs.eu-careers.eu</a>

## Kurzfilmwettbewerb - Auswirkungen der EU auf das tägliche Leben ins Bild gesetzt

15

Junge europäische Filmemacher sind eingeladen, bei der EU - Kommission ihre Ideen für kurze Filme einzureichen, die Geschichten über die Auswirkungen der Europäischen Union auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger erzählen. Bei einem Kurzfilmwettbewerb können sie in fünf Kategorien jeweils 7.500 Euro sowie die Unterstützung eines europäischen Regisseurs bei der Realisierung ihrer Idee gewinnen. Ziel des Wettbewerbs ist es, dass am Ende fünf Kurzfilme über die Themen Mobilität, Nachhaltigkeit, Rechte, Digitalisierung und Kompetenzen sowie Unternehmen entstehen.



Der Wettbewerb wird im Rahmen der Kampagne #EU andME organisiert. Kandidaten sollten ein Drehbuch des Films, ein kurzes Vorstellungsvideo und einen Link zu einem Kurzfilm einreichen, den sie schon gedreht haben. Bewerbungsschluss ist der 31. Oktober.

• eag Quelle: EU-Nachrichten 15/18 (siehe auch WS 31/18)

#EUandME-Kampagne [Link](#)



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
<b>Horizont 2020-Partnergesuch</b>  Enterprise Europe Network  Ungarn	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Isabell Rohde E-Mail: <a href="mailto:irohde@tti-md.de">irohde@tti-md.de</a>	<p><b>Pharma- und Biotech-Industriepartner werden für einen H2020 MSCA-ITN-ETN Antrag gesucht.</b></p> <p>Eine ungarische Forschungs- und Technologieorganisation sucht Partner aus der Pharma- und Biotech-Industrie, die sich an einem H2020 MSCA-ITN-ETN European Training Networks Vorschlag beteiligen möchten. Das Konsortium ist auf der Suche nach Partnern aus den nachfolgenden Fachgebieten: Biotechnologie / Bakterielle Tests / Onkologische Tests / Protein-Engineering / Peptid-Sequenzen / Trans-Doppelschichttransport / Pharmakologische Prüfung. Der optimale Partner sollte ergänzende Expertise in dem skizzierten Bereich mitbringen, etwa bei der Prüfung der pharmazeutischen oder biomedizinischen Anwendbarkeit der entwickelten Verbindungen.</p> <p>Nähere Informationen:  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/2b8b55ae-0a72-40c5-8e03-bd37d871dd22">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/2b8b55ae-0a72-40c5-8e03-bd37d871dd22</a></p> <p>Referenznummer: RDHU20180906001</p>






<b>Partnergesuch</b>  Enterprise Europe Network  Großbritannien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Isabell Rohde E-Mail: <a href="mailto:irohde@tti-md.de">irohde@tti-md.de</a>	<b>Start-up sucht Experten für UI/UX, KI und Blockchain zur Entwicklung einer Social Media /Kommunikations-, Krypto-Handels- und Zahlungsplattform.</b>  Ein Londoner Start-up entwickelt eine dezentrale soziale Plattform, die es den Nutzern ermöglicht, ihre "Social Currency" (d.h. Popularität, "Likes", etc.) in eine echte, handelbare Kryptowährung zu verwandeln. Da sich die Basistechnologie in geschlossenen Tests befindet, sucht das Start-up Forschungs- und Entwicklungspartner mit Expertise in UI/UX (User Interface/User Experience Design), KI (künstliche Intelligenz) und Blockchain, um diese Systeme in die vorhandene Kerntechnologie zu integrieren.  Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/e30ff0f3-ff3e-42ba-aeda-250393abff1d">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/e30ff0f3-ff3e-42ba-aeda-250393abff1d</a> Referenznummer: RDUK20180627001
<b>Technologiegesuch</b>  Enterprise Europe Network  Türkei	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Isabell Rohde E-Mail: <a href="mailto:irohde@tti-md.de">irohde@tti-md.de</a>	<b>Ein türkisches Unternehmen sucht Expertise für die Entwicklung einer Wirbelschichttechnik für Schlamm- und Rostverbrennungsanlagen.</b>  Das Unternehmen hat sich vor allem auf die Herstellung und Konstruktion von Verbrennungstechnik und auf Rauchgasreinigungsanlagen spezialisiert. Der Experte für Drehrohröfen- und statische Ofenverbrennungsanlagen sucht im Rahmen eines Kooperationsvertrags technische Expertise bei der Planung einer Wirbelschichtverbrennungsanlage für Schlamm- und Rostverbrennungsanlagen für Siedlungsabfälle und Biomasse.  Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/58e612fd-5eef-4bed-8082-904ce4641447">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/58e612fd-5eef-4bed-8082-904ce4641447</a> Referenznummer: TRTR20180807001



<p><b>Geschäftliches Gesuch</b></p> <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Enterprise Europe Network</p> <p>Mazedonien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: <a href="mailto:irohde@tti-md.de">irohde@tti-md.de</a></p>	<p><b>Ein mazedonischer Hersteller von hochwertigen Maschinenteilen, Werkzeugen und Dienstleistungen sucht Lieferanten von Rohstoffen für die Produktion wie Metalle, Stangen und Profilen.</b></p> <p>Das Unternehmen befindet sich in Privatbesitz und ist seit 1997 auf dem mazedonischen Markt präsent. Das Industrieunternehmen stellt hauptsächlich pneumatische und hydraulische Teile nach Maß her, wie z.B.: Zylinder, Muttern, Schrauben, Ventile und Prototypen. Die Produkte werden hauptsächlich in der Automobilindustrie, im Maschinen- und Anlagenbau, in der Verpackungs-, Transport-, Nutzfahrzeug-, Pharma- und Agrarindustrie eingesetzt. Da das Unternehmen kontinuierlich in die Verbesserung seiner Produkte und den Ausbau seiner Produktionskapazitäten investiert, sucht es auch nach neuen Lieferanten von Rohstoffen, insbesondere von Metallen, Stangen und Profilen, die einem hohen Standard entsprechen.</p> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/de27c1fb-579f-4a41-a26b-8c865cbe3a93">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/de27c1fb-579f-4a41-a26b-8c865cbe3a93</a></p> <p>Referenznummer: BRMK20180815001</p>
<p>Es folgen zwei Partnergesuche, die von anderen Regionalbüros übermittelt wurden</p>		
<p>Culture</p> <p>France</p>	<p>If you are interested in this project, please contact <b>as soon as possible:</b> <b>Beatrice Clément</b> President of the theatre company Mobile: +33 6 98 56 0117 Email: <a href="mailto:emeranox@gmail.com">emeranox@gmail.com</a></p>	<p>The theatre company <b>EmeraNox</b>, located in Occitanie, France, is looking for <b>partners</b> interested to participate in a project "Culture" in the framework of <b>the Creative Europe programme.</b></p> <p>The project involves building strong connections between the remembrance of former migrants working in mines and the new generations of migrants. Using collection of memories, the idea would be to reproduce it through exhibitions, readings, videos...</p>



	 <p><a href="mailto:Office@occitanie-europe.eu">Office@occitanie-europe.eu</a> <a href="http://www.occitanie-europe.eu">www.occitanie-europe.eu</a></p>	<p>The aim is to keep a trace of their testimonies by organizing a road show with former or current miners from migrant background around the European Union and with new migrants in the EU.</p> <p>EmeraNox is especially looking for partners with the following criteria:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>New technologies: WebTV, video games, digital tools for the <i>Creation of a virtual treasure hunt, related with mines</i></b></li> <li>• Artistic contributors, with a preference for specific geographic area: <i>Eastern Europe and Northern Africa</i></li> <li>• A project leader</li> </ul>
<p>Prevent and combat gender-based violence and violence against children</p> <p>Spain</p>	<p>In case your administration is looking for partners for this call, please contact <a href="mailto:Marta.Suero@+34934049305">Marta Suero</a> (+34 93 404 93 05) at your earliest convenience.</p> <p><a href="mailto:oeei.bxl@diba.cat">oeei.bxl@diba.cat</a> <a href="http://www.diba.cat/ri/">www.diba.cat/ri/</a></p> 	<p>The Barcelona Provincial Council would like <b>to join a consortium</b> within the REC (Rights, Equality and Citizenship) Call <a href="#">REC-RDAP-GBV-AG-2018</a> for proposals to prevent and combat gender-based violence and violence against children. More specifically, they could be a good partner in projects fighting against sexual and social violence in different fields (prevention, awareness raising and tackling) and environments (in contexts of parties and leisure activities, arranged marriages, etc.).</p>



## Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

### Tipp - Das Atomium hat endlich eine offizielle Anschrift

Am Fuß des Atomiums steht seit Anfang Juli ein Schild, auf dem „Place de l'Atomium/Atomium Plein“ steht. Somit hat das Brüsseler Wahrzeichen nach sechzig Jahren eine offizielle Adresse, nämlich „vzw Atomium, Place de l' Atomium/Atomium Plein 1, 1020 Bruxelles/Brussel“.



Viele Jahre lautete die Anschrift des Brüsseler Wahrzeichens „Eeuwfeestlaan“/, „Avenue centenaire“ ohne Hausnummer. 2008 wurde es in „Atomiumsquare“/ „Square de l'Atomium“ umgeändert, wieder ohne Hausnummer. Dies sorgte immer wieder für Probleme bei Postzustellungen.

Die ursprüngliche Idee, den Platz nach André Waterkeyn, dem geistigen Vater des Atomiums, zu benennen, wurde verworfen, weil es nicht üblich ist, Straßen oder Plätze nach Personen zu benennen, die noch nicht länger als fünfzig Jahre verstorben sind.

Das Atomium ist am vergangenen 17. April 60 Jahre alt geworden. Es wurde für die Brüsseler Weltausstellung Expo 58 entworfen, deren Motto „Fortschritt der Menschheit durch Fortschritt der Technik“ lautete.

20

Mit seinen neun Kugeln von jeweils 18 Metern Durchmesser, die durch 23 Meter lange Röhren miteinander verbunden sind, war das 102 Meter hohe Gebilde der spektakulärste Bau der Expo 58. Es stellt ein kristallines Eisenmolekül in 165-milliardenfacher Vergrößerung dar.

Während 60 Jahre später die meisten Bauten der Expo 58 nicht mehr existieren, ist das Atomium, das ursprünglich nur die Weltausstellung überdauern sollte, Brüssel erhalten geblieben. Mittlerweile ist es zu einem der wichtigsten Symbole Brüssels und Belgiens geworden und Besucher aus aller Welt strömen zu diesem Symbol der modernen Technik. Im Zeitalter der Selfies ist es inzwischen wohl weltweit eine der am häufigsten fotografierten Sehenswürdigkeiten.

Bei ihrer Errichtung waren die neun Riesenkugeln des Atomiums noch aus Aluminium. Im Rahmen einer Renovierung wurden die Kugeln mit einer glänzenden Edelstahlhaut überzogen. Im mittleren Rohr der etwa 2.400 Tonnen schweren Konstruktion befindet sich ein Aufzug, der die Besucher in 23 Sekunden zur obersten Kugel des Atomiums bringt. Hier bietet sich dem Besucher ein atemberaubender Ausblick über die Stadt.

Anlässlich seines 60. Geburtstags findet im Atomium selbst die Ausstellung „People of 58“ statt, die bis zum 20. Januar 2019 besichtigt werden kann. Im nahegelegenen Designmuseum ADAM gibt es die Ausstellung „Graphic 58“ (bis zum 13. Januar 2019).

• *eag Quelle: Nachbar Belgien August 2018*

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://atomium.be>





## GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms “Sachsen-Anhalt transnational”.



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Die nächste Antragsfrist im Programm Erasmus+ Jugend in Aktion rückt immer näher. Noch bis zum 04. Oktober 2018 12.00 Uhr können Projektanträge für Jugendbegegnungen, Fachkräfteprogramme oder europäische Jugendinitiativen bei der Nationalagentur über das Webformular gestellt werden. Im Quiz dieser Woche wollen wir Ihr Wissen über das Programm etwas auffrischen.



21

1. An wen richtet sich das Programm Erasmus+ Jugend in Aktion
  - a) an Studentinnen und Studenten, die Unterstützung für ihr Auslandssemester benötigen
  - b) an Auszubildende, die ein Auslandspraktikum machen möchten
  - c) an alle jungen Menschen zwischen 13 und 30 Jahren, die außerhalb von Schule, Ausbildung oder Studium europäische Erfahrungen sammeln wollen
  
2. Nicht jede grenzüberschreitende Auslandserfahrung oder jedes Zusammentreffen mit jungen Menschen aus verschiedenen Ländern ist eine Jugendbegegnung, die durch das Programm Erasmus+ Jugend in Aktion gefördert werden kann. Welche Formen werden u.a. nicht unterstützt?



- a) Eine Klassenfahrt nach London mit Unterkunft bei Gasteltern auf der es nicht nur Sightseeing gibt, sondern täglich auch 4 Stunden an einem College intensiv Englisch gelernt wird?
  - b) Die Konzerttour des Jugendchores des Landkreises durch die Partnerregion in Slowenien, u.a. mit 6 gemeinsamen Auftritten mit dem Jugendchor aus Slowenien?
  - c) Die Kanufreizeit der jungen Gemeinde in den Sommerferien durch Schweden, bei der es erfahrungsgemäß abends am Lagerfeuer immer zu tollen Gesprächen mit Jugendlichen aus Schweden und anderen Ländern kommt, die auch grad im Kanu unterwegs sind?
3. Nicht nur junge Menschen in Europa können vom Programm Erasmus+ Jugend in Aktion profitieren, sondern auch für Fachkräfte der Jugendarbeit (ohne Altersbeschränkung) ist eine Unterstützung verschiedenster Maßnahmen möglich. Welche wären das u.a.?
- a) Seminare und Trainingskurse, die dem Austausch von best practice untereinander dienen und zur qualitativen Weiterentwicklung von Erasmus+ Projekten beitragen.
  - b) Partnerbörsen, auf denen verschiedene Organisationen aus verschiedenen Ländern zusammen kommen, um nach Kooperationspartnern für die gemeinsame Antragstellung bei Erasmus+ Jugend in Aktion Ausschau zu halten.
  - c) Masterstudiengang „European Youth Work“ an verschiedenen europäischen Hochschulen, nach dessen Abschluss der Absolvent zu einer vereinfachten Antragstellung bei Erasmus+ Jugend in Aktion berechtigt ist.



Antworten:

1c)

Das Programm Erasmus+ ist das EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport 2014 – 2020 und unterteilt sich in verschiedene, inhaltlich und budgetär unabhängige Säulen. Eine dieser Säulen ist das Unterprogramm Erasmus+ Jugend in Aktion, welches als Zielgruppe junge Menschen hat, die in non-formalen bzw. informellen Settings der außerschulische Jugendarbeit, also nicht im Rahmen von Schule, Ausbildung oder Studium, grenzüberschreitende Lernerfahrungen in Europa sammeln wollen.

2 a), b), c)

Bei Jugendbegegnungen soll die freiwillige, gemeinsame Begegnung junger Menschen im Mittelpunkt stehen, ohne einen Zeitdruck, ohne Lernzwang oder Noten. Jedoch soll das Lernen auch nicht dem Zufall überlassen werden, d.h. mind. ein anerkannter Partner und eine Jugendgruppe aus einem anderen Land, muss die gesamte Zeit über und in etwa gleicher Teilnehmendenzahl vorhanden sein. Inhaltlich sollen sich die jungen Menschen mit ihrem Leben, lokalen/ globalen Herausforderungen und europäischen Schwerpunkte beschäftigen.

3 a), b)

Neben Seminaren, Trainingskursen und Partnerbörsen (Partnerkontaktseminaren) sind ebenso Kurzzeitstudienbesuche oder die Hospitation beim Partner (Job-Shadowing) förderungswürdig. Der genannte Masterstudiengang fällt wieder in den nicht förderfähigen Bereich der formalen Bildung und eine vereinfachte Antragstellung aufgrund höherer Qualifikationen wäre wohl keine gute Idee.

Weitere Informationen unter:

[www.jugendfuereuropa.de](http://www.jugendfuereuropa.de)

[www.jugendinaktion.de](http://www.jugendinaktion.de)



# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
Beatrice Herrmanns-Wagner (BHW)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Robin Svoboda (RS)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

